

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Thüringer Zustände:
Normalisierung der
extremen Rechten beenden

3 Windenergiebeteiligung:
Koalitionsparteien bringen
Gesetzesvorlage voran

7 Mafiöse Strukturen auf-
klären: Abgeordnete
informieren in Thüringen

Schockierend, aber nicht überraschend

Nach der Wahl eines AfD-Landrates reagierte die Metropolregion Nürnberg, deren Partner der Landkreis Sonneberg ist, mit klaren Worten: „Wer glaubt, Rechtsextreme müssten nur regieren, um entzaubert zu werden, der irrt. Die Zusammenarbeit mit Politikern der AfD kann und darf kein Alltag werden.“ Anders in Thüringen, hier spekulierte nur wenige Tage vor dem ersten Wahlgang in Sonneberg der Präsident des Gemeinde- und Städtebundes über eine Zusammenarbeit mit der AfD in Sachfragen und sendete somit das Signal aus, dass der Wahl eines AfD-Kandidaten keine politischen Gründe entgegenstehen, wenn es am Ende um Sachfragen geht. Ein ähnlicher Tenor war im Gespräch mit einer Thüringer Berufskammer zu erfahren, die ihr Gesprächsangebot an die AfD damit begründete, dass es bei den Kammerthemen um Sachfragen ginge. Die Verharmlosung der Gefahren einer wirkmächtigen extrem rechten Ideologie ist also nicht mehr nur Meinung bei einem relevanten Anteil an Wählerinnen und Wählern, sondern diese wird längst auch durch Wortbeiträge von in der Gesellschaft Verantwortung Tragenden gestärkt.

Zu den weiteren gesellschaftspolitischen Ursachen dafür, dass die Wahlniederlage der demokratischen Parteien gegen die AfD zwar schockiert, aber keinesfalls mehr überrascht, gehört auch, was als vermeintliche Analyse beispielsweise von der Thüringer CDU nach der Wahl zu hören war. Die Menschen hätten aus Protest gegen die Bundesregierung, die vorschreiben will, was gegessen, wie gesprochen und welches Auto gefahren werden soll, die AfD gewählt. Nichts anderes erzählt die AfD auch. Und somit wird, was als vermeintliche Analyse daherkommt, zur Bestärkung von den Rechtspopulismus folgenden Menschen in der Adressierung ihres Protests. Das Ergebnis der Sonneberg-Wahl stellt an die demokratischen Parteien keinesfalls die Frage nach deren künftigen Verhältnis zur AfD. Vielmehr stellt es insbesondere die CDU vor die Frage, ob sie durch die Übernahme eines inhaltlichen und kommunikativen Populismus, der sich von der AfD kaum noch unterscheidet, selbst die Hürde eingerissen hat, die jahrzehntelang dafür sorgte, dass extrem Rechte keinen Einfluss auf die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft haben dürfen.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Gemeinsam helfen

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE spenden monatlich einen Anteil ihrer Diäten, die zur Förderung wichtiger Initiativen im Freistaat eingesetzt werden.

**Von aktuellen Initiativen erfahren
Sie auf den Seiten 4 – 5**

Linker Ticker

Zum Richtfest der Thüringer Feuerwehrscheule in Bad Köstritz erklärt **Donata Vogtschmidt**, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hebt die Modernisierung der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule auf die nächste Ebene und schafft dem fertiggestellten Rohbau der neuen Ausbildungs- und Fahrzeughalle die Voraussetzungen für eine der modernsten Übungs- und Lernstätten, um Einsatz- und Rettungskräfte noch professioneller aus- und fortzubilden. Damit wird nach Inbetriebnahme 2024 das Niveau der öffentlichen Sicherheit für die in Thüringen lebenden Menschen noch weiter gestärkt.“ +++ Anlässlich der Vorstellung des diesjährigen Rechnungshofberichts, äußert sich **Ronald Hande**, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE: „Wir werden uns mit dem vom Hof beanstandeten Verwaltungshandeln auseinandersetzen.“ Die gute und in die Zukunft gerichtete Arbeit des Rechnungshofs, die der weiteren Verbesserung der Haushaltsführung gewidmet sei, müsse ernst genommen werden. Zugleich übt Hande auch Kritik am Thüringer Rechnungshof selbst. Wenn dringend benötigte Investitionen im Haushalt zwar eingeplant werden, aber wegen fehlender Planungs- oder Baukapazitäten nicht umgesetzt werden könnten, sei dies keine Fehlplanung, sondern eine Ermächtigung für die Umsetzung der Investitionen. Wenn trotz aller Bemühungen Investitionen nicht umgesetzt werden können, dann stünde das Geld über die Rücklage im nächsten Haushaltsjahr wieder zur Verfügung. +++ „Die schrittweise Erhöhung des Mindestlohns auf 12,41 Euro und 12,82 Euro pro Stunde ist ein dringend notwendiger Schritt, um die Beschäftigten in den unteren Einkommensstufen zu entlasten. Die gestiegenen Energie- und Verbraucherpreise führen bei Beschäftigten mit niedrigem Lohn zu großen Mehrbelastungen, existenziellen Sorgen und Zukunftsängsten. Gerade in Thüringen mit einem immer noch großen Niedriglohnsektor stellt die Erhöhung des Mindestlohnes eine wichtige Entlastungsmaßnahme dar. Die Erhöhung ist jedoch viel zu wenig und folgt nicht einmal ansatzweise der Mindestlohnrichtlinie der EU“, erklärt **Lena Saniye Güngör**, Sprecherin für Arbeitspolitik

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 29. Juni 2023

„Thüringer Zustände“

Normalisierung der extremen Rechten beenden, Demokratieförderung verstetigen

Anlässlich der Vorstellung der aktuellen Ausgabe der „Thüringer Zustände“ erklärt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Zum nunmehr dritten Mal in Folge legen die Wissenschaftler:innen mit den ‚Thüringer Zuständen‘ umfassende Fakten zur extremen Rechten sowie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen vor. Bisherige Analysen und Warnungen haben sich erst vorgestern in Sonneberg bewahrheitet. Außerdem fanden am Wochenende mindestens fünf Veranstaltungen der Neonazi-Szene in Thüringen mit mehreren Hundert Teilnehmenden statt. Wir haben ganz offenkundig ein erhebliches Problem mit extrem rechten Strukturen, Reichsbürgern, AfD und militanter Neonazi-Szene - antiziganistische, homophobe und antisemitische Einstellungen sind viel zu weit verbreitet. Es ist dringender denn je, Publikationen wie diese im politischen und behördlichen Bereich auszuwerten, ernst zu nehmen und in das eigene Handeln mit einfließen zu lassen.“

Aus Sicht der Abgeordneten sei der Bericht „Thüringer Zustände“ analytischer, wissenschaftsbasiert nachvollziehbar aufgebaut und aus parlamentarischer Sicht hilfreicher als der Bericht des „Frühwarnsystems“ Verfassungsschutz. „Hier lässt sich mittelbar politischer Handlungsbedarf ableiten. Zum Beispiel der, dass wir die Förderung demokratischer Kultur und politischer Bildung nicht zum Spielball parteipolitischer Interessen machen dürfen. Die Konsequenz muss sein, Demokratiebildung zu verstetigen und zu stärken und nicht bei Haushaltsverhandlungen zu streichen. Es gibt viele Menschen, die sich engagiert für ein respektvolles Miteinander, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein de-



mokratisches Thüringen einsetzen und denen wir umso stärker den Rücken freihalten müssen. Heißt: weg von bisher jährlich notwendigen Projektanträgen sowie dem regelmäßigen Bangen um eine weitere Finanzierung. Die Struktur- und Demokratieprojekte sollen sich ganz auf ihre Arbeit konzentrieren können und sich nicht um Finanzierung und bürokratische Hindernisse sorgen müssen.“

Die Abgeordnete verweist abschließend darauf, dass die Autor:innen in ihrer Schriftenreihe auch explizit die über Jahre laufende Normalisierung der extrem rechten AfD etwa in Parla-

menten als Problem markieren: „Genau dieser Normalisierung gilt es ein Ende zu setzen - glaubhaft durch alle demokratischen Parteien und Fraktionen, in Worten wie auch im Handeln. Die AfD ist der parlamentarische Arm der rechten Szene.“



„Thüringer Zustände: Rechts-extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen“. Unter www.idz-jena.de

Christopher Street Day in Thüringen

Appell für Gleichberechtigung



Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Anlässlich des Christopher Street Days (CSD) am 28. Juni, erklärte Abgeordnete Karola Stange: „Vor allem auch mit Blick auf queerfeindliche Einstellungs-

muster in Teilen der Gesellschaft und die daraus ausgehende Bedrohung und Verletzung von Rechten queerer Menschen ist der CSD wichtiger denn je. Vielerorts auf der Welt müssen queere Menschen um ihre Freiheit und Gesundheit, wenn nicht gar um ihr Leben fürchten. Das ist nicht hinzunehmen. Hier muss deutlich und sichtbar gegen gesteuert werden. Ich bedanke mich bei allen, die sich im Zuge des Pride Month engagieren und gemeinsam beim CSD für Toleranz und Gleichberechtigung demonstrieren.“

Der Christopher Street Day ist auf die Stonewall-Unruhen gegen Polizeigewalt gegen LGBTQ* in Greenwich Village (USA) im Juni 1969 zurückzuführen. Seither finden weltweit am Christopher Street Day Demonstrationen für die Rechte von queeren Menschen statt. „Ich freue mich besonders, dass

wie in zurückliegenden Jahren der Thüringer Landtag gemeinsam mit Ministerpräsident Bodo Ramelow zu einem Empfang eingeladen hat und sich damit für Toleranz und Gleichberechtigung ausspricht“, erklärt die Abgeordnete

Landtagspräsidentin Birgit Pommer (DIE LINKE) sagt: „Seit 30 Jahren schützt unsere Verfassung die Würde der Menschen und die Gleichheit vor dem Gesetz. Doch noch immer erleben einige von uns Anfeindungen und Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Identität. Diskriminierung aber hat keinen Platz in unserer Mitte. Mit dem CSD-Empfang zeigen wir: Unsere Gesellschaft funktioniert nur, wenn alle zusammenstehen. Wir feiern die Vielfalt in unserem Land, weil sie Alltag, aber nicht selbstverständlich ist, solange Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.“

Thüringer Gesetz über die Beteiligung der Bevölkerung an Windparks

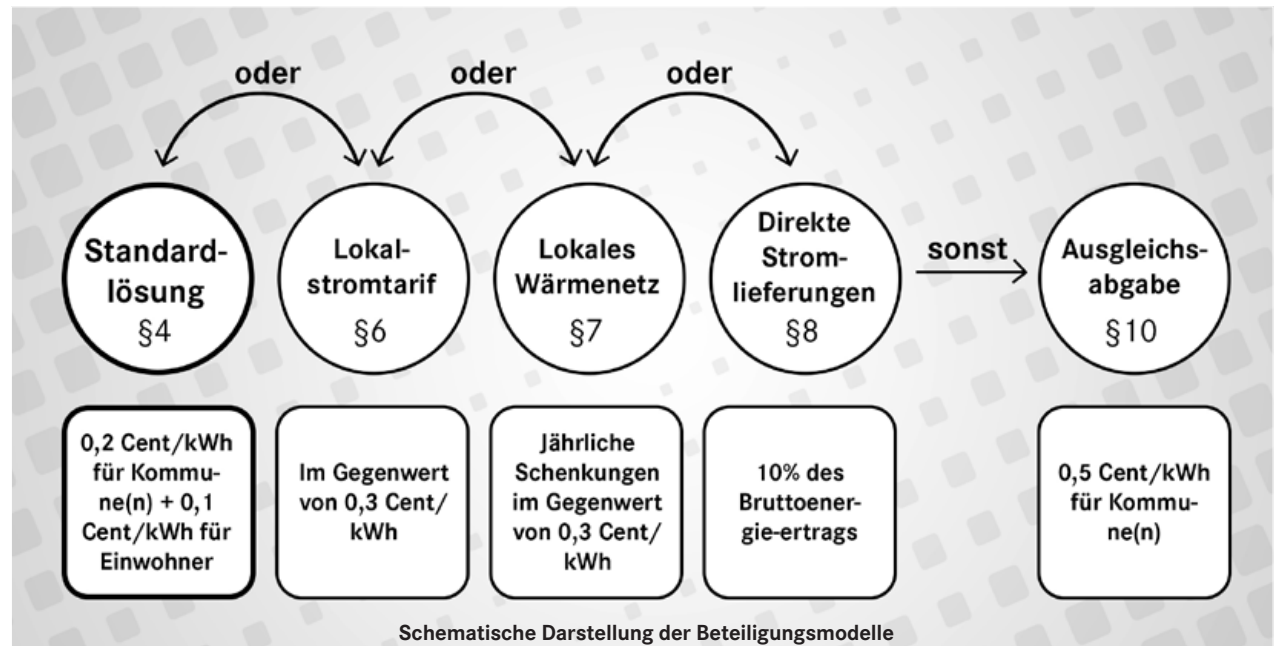
Koalition bringt Beteiligung betroffener Menschen und Kommunen auf den Weg

Die Regierungsfractionen von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN bringen eine verpflichtende finanzielle Beteiligung der Kommunen und Einwohner:innen an den Gewinnen der Windenergiebetreiber auf den Weg. Dadurch soll die Akzeptanz bei Bürger:innen erhöht und die regionale Wertschöpfung gestärkt werden.

Warum es ein Gesetz braucht

- Der Windausbau in Thüringen ist 2023 ins Stocken geraten.
- Die Probleme bei der Flächenausweisung begründen sich auch auf fehlende Akzeptanz vor Ort - der Druck auf kommunale Wahlbeamten:innen und Mandatstragende ist groß
- Festgeschriebene Beteiligung an den Gewinnen soll Akzeptanz erhöhen ohne als „Ablasshandel“ wahrgenommen zu werden

Bisher war es so: Flächen für Windenergie wurden ausgewiesen, die Projektierer kamen und bauten ihre Windräder. Von dem Betrieb der Anlagen profitierten allerdings lediglich die direkten Flächeneigentümer:innen durch Pachteinnahmen und ggf. die Kommunen über die Gewerbesteuer. Darüber hinaus hatten Kommunen und Bürger:innen von den Anlagen nur dann etwas, wenn die Betreiber:innen auf freiwilliger Basis Beteiligungsangebote machten, z.B. über das Siegel Faire Windenergie oder über die Erlösbeteiligung aus § 6 EEG (0,2 ct/kWh). Mit dem Beteiligungsgesetz werden die Windkraftbetreibenden nun zu einer Beteiligung von Kommunen und Einwoh-



ner:innen verpflichtet. Im Gesetzentwurf geplant sind verschiedene Modelle der Beteiligung. Derzeit wird die Mindestbeteiligung von Kommunen und Einwohner:innen über die Standardlösung abgesichert (§4). Stattdessen können Standortkommune und Vorhabenträger optional auch andere Beteiligungsmodelle vereinbaren (§§ 6-8). Weigert sich der Vorhabenträger das im Rahmen des Gesetzes geforderte Modell umzusetzen, gilt die Ausgleichsabgabe nach § 10.

„Die Soll-Regelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Bund soll zur Muss-Regelung in Thüringen werden. Es soll keine Anlage mehr geben, die neu gebaut oder repowered wird, von der am Ende die Kommunen oder Bürger:innen nicht profitieren. Das ist die

„Es soll keine Anlage mehr geben, die neu gebaut oder repowered wird, von der am Ende die Kommunen oder Bürger:innen nicht profitieren.“

Markus Gleichmann
Sprecher für Umwelt-, Klima- und Energiepolitik

Kernaussage des Gesetzes“, erklärt Markus Gleichmann, Sprecher für Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, in einer Pressekonferenz der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN. Ziel der Koalitionsparteien ist es, möglichst schnell eine Anhörung im zuständigen Landtagsausschuss auf den Weg zu bringen.

In der Pressekonferenz erklärten die zuständigen Sprecher:innen der Fraktionen, man hoffe, dass das Gesetz noch in diesem Jahr vom Landtag beschlossen werden könne.



Fact-Sheet zum Windenergiebeteiligungsgesetz finden Sie unter: www.die-linke-thl.de



Regionale Wertschöpfung stärken mit dem neuen Windenergiebeteiligungsgesetz

Das stellten die Sprecher:innen Denny Möller (SPD), Laura Wahl (GRÜNEN) und Markus Gleichmann (Fraktion DIE LINKE) Mitte Juni in einer Pressekonferenz vor.

Alternative 54



Leuchtende Kinderaugen und neue Judoanzüge

Katharina König-Preuss spendet an Abteilung Judo des SV Schwarzza 1883 e.V.

Katharina König-Preuss, Sprecherin für Migrationspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, übergab einen Spendenscheck der Alternative 54 in Höhe von 400 Euro an die Abteilung Judo des SV 1883 Schwarzza e.V. Diese leistet ehrenamtlich einen starken und wichtigen Beitrag zur Integration ukrainischer Geflüchteter. Die Abteilung Judo des SV 1883 Schwarzza e.V. umfasst derzeit 130 Mitglieder, darunter ca. 40 ukrainische Geflüchtete, welche mehrheitlich Kinder und Jugendliche zwischen 5-17 Jahren sind. Diese stammen zum Teil aus den direkten Kriegsgebieten in der Ostukraine und haben hier einen Ort gefunden, in dem sie zwei Mal wöchentlich vor allem eins sein können: Kinder. Kinder die unbeschwert Spaß am Sport haben und die traumatisierenden Erlebnisse im Kriegsgebiet vielleicht (vorübergehend) für diese Zeit vergessen können. Das große ehrenamtliche Engagement des SSV Schwarzza, Abteilung Judo verdient höchste Anerkennung und Respekt.

Dass es gelungen ist, ins Trainingsteam auch Menschen mit entsprechenden Sprachkenntnissen, darunter eine ukrainische Judo-Trainerin, einzubinden und damit Verständnis- und Sprachbarrieren überwunden wurden, ist großartig. Der SSV Schwarzza zeigt - herausragend in der Abteilung Judo - wie Integration gelingen kann. Das herausragende ehrenamtliche Engagement benötigt jedoch Unterstützung aus Politik und Gesellschaft. „Für die Unterstützung der Politik werde ich mich einsetzen, für die gesellschaftliche Unterstützung sind wir alle verantwortlich. Sei es eine kleine finanzielle Spende oder Unterstützung bei Auswärtsfahrten“, so König-Preuss.

Von den 400€ der Alternative 54 wurden durch die Abteilung Judo des SV 1883 Schwarzza e.V. einige neue Judoanzüge für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen finanziert, welche vor Ort durch Katharina König-Preuss in glückliche Kinderhände übergeben wurden.



Spende für den Geraer Radsport

Andreas Schubert spendet an ansässigen Verein

Im Juni übergab der Abgeordnete Andreas Schubert zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der LINKEN Martin Schirdewan eine Spende der Alternative 54 in Höhe von 400 Euro an den Radsportverein SSV Gera 1990 e. V.

Mit der Spende wird der „Olaf Ludwig Pokal 2023“ zum Geraer Tag des Radsports als Kinder-Sportprojekt gefördert. „Sport ist gesund, Sport verbindet und schweißt zusammen, Sport lernt spielerisch Selbstdisziplin. Ich freue mich sehr, den Geraer Radsport, in unserer traditionsreichen Radsportstadt unterstützen zu können.“, erklärt Schubert. Er selbst ist passionierter Radfahrer. „Ich freue mich sehr, die grandiose ehrenamtliche Jugendarbeit des SSV unterstützen zu können. Was hier geleistet wird ist beispielhaft. Als Olaf Ludwig-Fan ist es mir damit eine doppelte Freude.“, führt Schirdewan aus. Bei der Spendenübergabe konnte auch das ehemalige Mitglied des Vereins Björn Harras, nun Landesvorstandsmitglied der DIE LINKE Thüringen, wieder ein paar Runden auf dem Rennrad drehen.

Alternative 54 e. V.

Der Verein Alternative 54 Erfurt e. V. wurde 1995 gegründet. Der Vereinsname leitet sich aus dem Artikel 54 der Thüringer Verfassung ab, in dem der Diätenautomatismus für Thüringer Landtagsabgeordnete festgeschrieben ist. Die Vereinsmitglieder spenden monatlich einen Anteil ihrer Diäten, die zur Förderung wichtiger Initiativen im Freistaat eingesetzt werden. Sie unterstützen soziale Projekte und engagieren sich in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Erziehung.

Die Diätenerhöhung eines einzelnen Abgeordneten kommt damit vielen Menschen zugute, fördert das solidarische Miteinander in Thüringen und unterstützt die gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat.

www.alternative-54.de

Unterstützung alternativer Kultur

Alternative 54
Katja Maurer im engen Kontakt mit Erfurter Kulturszene

Der Erfurter Stadtteil Ilversgehofen erlebte Anfang Juni einen ereignisreichen Tag voller Erfolge und Gemeinschaftsgeist. Das jährliche Magdeburgerallee-Fest verwandelte die Hauptstraße in eine verkehrsberuhigte und lebhaft Oase mit Verkaufsständen, Bühnen, subkulturellen Angeboten und einer Vielzahl von Menschen aus Erfurt und Umgebung. Lokale Vereine, Einzelhändler und Initiativen waren vertreten und das Fest bot die perfekte Gelegenheit für den gesamten Stadtteil, neue kulturelle Angebote kennenzulernen, sich auszutauschen und einen entspannten Tag zu verbringen. Auch der Stadtverband von DIE LINKE Erfurt und das Wahlkreisbüro RedRoXX mit der Abgeordneten Katja Maurer waren mit einem Infostand und zahlreichen Genoss:innen vor Ort. Ihr Ziel war es, über die Probleme und Perspektiven im Viertel zu sprechen und gleichzeitig für die Politik der LINKEN zu werben, insbesondere angesichts der rapide steigenden Preise. Besonders überzeugend war ihr Einsatz für die Einführung von Brennstoff-Härtefallhilfen in Thüringen, aber auch generell der Einsatz für sozialverträglichere Lösungen, wie bessere Tarifabschlüsse und eine Überge-

winnsteuer. Zusätzlich besuchte die LINKE-Abgeordnete Katja Maurer den selbstverwalteten Raum für alternative Kultur und Politik namens "Veto". Dort überreichte sie einen Scheck des Alternative 54 e. V. für das jährliche Hausfest. Das Veto bietet Platz für Gruppentreffen, Vorträge, kleine Konzerte und vieles mehr. Es beherbergt die KüfA (Küche für Alle), einen Infoladen mit Bibliothek, einen Umsonstladen und bietet Raum für Treffen, entspannte Zeit, Lesen und Austausch. Das diesjährige Hausfest bot eine offene Tür, um die Räumlichkeiten und aktiven Mitglieder des Vetos kennenzulernen. Während Konzerte, künstlerische Beiträge und politische Impulse stattfanden, gab es die Möglichkeit, Nachbar:innen kennenzulernen, sich weiterzubilden und im grünen Hinterhof, bei veganen Speisen, die Seele baumeln zu lassen.

Die Alternative 54 e.V. und Katja Maurer, MdL, unterstützten das Hausfest und die wichtige Arbeit des Vetos mit Freude. Die hohe Resonanz an den Infoständen und die vielen bereichernden Gespräche sorgten für Begeisterung und Frohsinn.



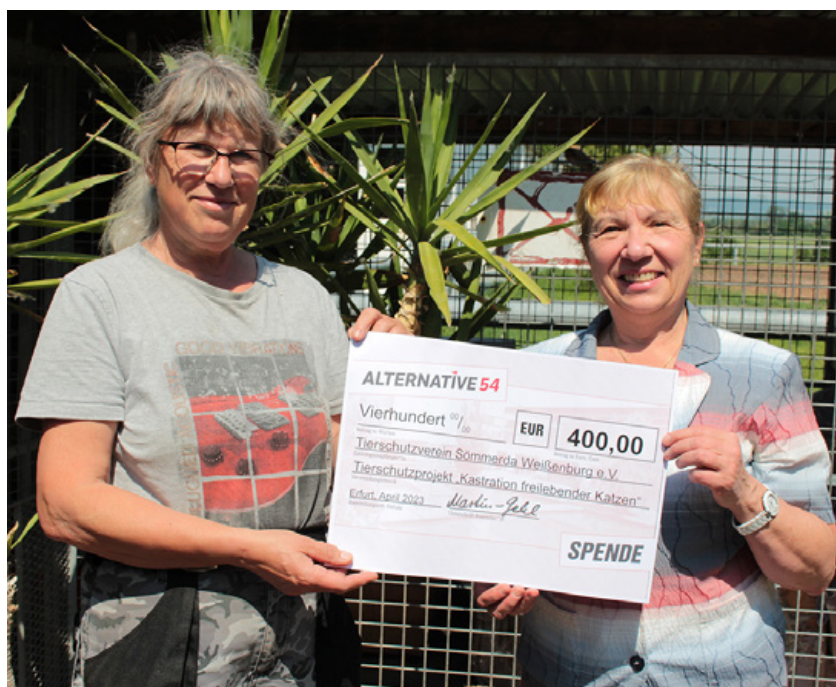
Tierschutz unterstützen

Dr. Iris Martin-Gehl besucht Sömmerdaer Einrichtung

Der Tierschutzverein Sömmerda Weißenburg e. V. erhielt am 8. Juni eine Spende in Höhe von 400 Euro der Alternative 54. Die Überreichung des Schecks erfolgte durch die Abgeordnete Dr. Iris Martin-Gehl. Die Leiterin des Tierheims, Frau Sabine Stengler-Furkert, nahm die Spende dankbar entgegen. Der Tierschutzverein Sömmerda Weißenburg e. V. setzt sich seit 1993 mit einem engagierten Team aus Angestellten und freiwilligen Helfern für den Schutz und das Wohl obdachloser, misshandelter und vernachlässigter Tiere

ein. Frau Stengler-Furkert, eine erfahrene Ingenieurin für Veterinärmedizin mit Zusatzqualifikationen in Tierpsychologie, Tierkommunikation und angewandtem biologischen Umweltschutz, leitet das Tierheim mit großem Engagement.

„Ich hoffe, dass der Tierschutzverein seine wichtige Arbeit fortsetzen und den Tieren eine verbesserte Betreuung und Versorgung bieten kann und wünsche für die Zukunft alles Gute!“, sagt die Abgeordnete am Ende ihres Besuchs in der Einrichtung.



Leselust fördern

Ralf Kalich spendet an Schule in Neunhofen

In der Grundschule Neunhofen im Saale-Orla-Kreis wird es bald eine Lesecke geben. Ziel ist es den Schülerinnen und Schülern einen Ort zu bieten, an den sie sich in der Pause oder in der Hort-Zeit zurückziehen können, um zu schmökern und zu lesen. Dafür übergab der Wahlkreisabgeordnete Ralf Kalich am 23. Juni 400 Euro von der Alternative 54 e. V. an den Förderverein der Grundschule. Der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Neustadt/Orla, Thomas Hofmann, legte noch 50 Euro als private Spende für das Projekt oben

drauf. Mit dem Geld werden unter anderem auch Sitzbänke im Außenbereich bereitgestellt. Besonders lobenswert ist der Umstand, dass sich dabei auch Eltern aktiv einbringen. In der Lesecke soll es einen Büchertausch geben. Die Kinder können gelesene Literatur mitbringen und gegen neue eintauschen. Ralf Kalich: „Wir freuen uns über das Vorhaben, da es Lesekompetenz stärkt und die nicht-kommerzielle Weitergabe von Kinder- und Sachbüchern ermöglicht. Dabei werden wir die Schule auch weiter unterstützen.“





Symbol der Identifikation

Karola Stange zeigt „Perlen“ ihres Wahlkreises im Erfurter Norden

Abgeordnete Karola Stange war Mitte Juni mit Dr. André Demut, dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung im Freistaat Thüringen, in ihrem Wahlkreis unterwegs. „Anfang des Jahres kam Herr Demut auf mich zu und fragte mich ob ich ihm meinen Wahlkreis zeigen könne und er mir selbst noch etwas zeigen dürfe. Da war ich natürlich gespannt und habe zugesagt!“

Die erste Station an diesem Tag war der evangelische Kindergarten „Arche Noah“ in Erfurt. Sehr überzeugend legten die Kindergartenleiterin und ihre Stellvertreterin das Konzept der Einrichtung dar. In einem Rundgang überzeugten sich Karola Stange und Dr. André Demut von den sehr guten Bedingungen im Kindergarten und der Arbeit mit den Kindern. Im Gespräch wurde dargestellt, dass sich der Kindergarten in einem Veränderungsprozess befindet. Es besteht die Absicht, die Trägerschaft des Kindergartens von der evangelischen Kirchengemeinde in einen noch zu bildenden Zweckverband zu übertragen.

Neue Bekanntschaften

Nächste Station dieses Tages war der Besuch beim Pfarrer der Kirchengemeinde Stotternheim. Als erstes stand die Besichtigung der Kirche Stotternheim auf der Tagesordnung. Erfreulich war festzustellen, dass der Pfarrer die Kirche mit neuen Ideen gemeinsam mit der Gemeinde weiterentwickelt. Das konnte man nicht nur in einem modern gestalteten Altarbereich sehen, sondern auch im Gespräch anhand seines Wirkens in der Kirchengemeinde erkennen. Im Beisein der Ortsteilbürgermeisterin von Stotternheim, Bianca Wendt, schloss sich ein Rundgang durch Stotternheim an. Frau Wendt berichtete, dass die Gemeinde betreutes Wohnen einrichten würde. Dies scheiterte jedoch bisher daran, dass kein geeignetes Objekt durch die Stadt Erfurt zur Verfügung gestellt werden konnte. Im Pfarrgarten werkten während des Rundgangs gerade zwei Gemeindemitglieder an der Fertigstellung eines Kiosks, um für das Vereinsfest im August und anderen Gelegenheiten günstige Voraussetzungen zu schaffen. Der Pfar-

rer berichtete, dass sich die Gemeinde gegenwärtig in der Vorbereitung des immer im Juli stattfindenden Luthergedenkens am Lutherstein befände. Sehr zur Freude der Abgeordneten Stange lernte sie dank der Vermittlung von Dr. Demut bei ihrem Besuch in Stotternheim noch einmal einen neuen Blick auf den Ortsteil und seine Bewohner:innen kennen.

Perlen des Nordens

Mit dem Fraktionsbus fuhr die Gruppe anschließend nach Erfurt zum Moskauer Platz. Dort schloss sich die Besichtigung des Mosaiks von Josep Renau am Moskauer Platz an. Eindrucksvoll konnte man sich überzeugen, in welcher künstlerisch einmaligen Form Josep Renau das Thema „Die Beziehung des Menschen zu Natur und Technik“ dargestellt hat. Dieses Wandbild, welches mit dem Abriss des ehemaligen Kultur- und Freizeitzentrums zunächst verschwand und eingelagert wurde, konnte mit Hilfe von Sponsoren und den Einwohnern des Wohngebiets am neu gebauten Einkaufszentrum am Moskauer Platz wieder aufgestellt werden. „Für die Menschen hier vor Ort war es auch ein Symbol der Identifikation mit ihrem Wohnort. Als es dann endlich wieder da war, waren viele glücklich“, erklärt Karola Stange. Ein kleiner Platz vor dem Mosaik lädt dazu ein, das Kunstwerk zu besichtigen und auf sich wirken zu lassen.

Für alle etwas dabei

Im Anschluss fand ein Spaziergang zum Auentich statt. Dieses Areal, welches im Rahmen der BUGA 2021 entstanden ist, ist heute mit der Geraue ein Schmuckstück im Wahlkreis. Der Tag im Wahlkreis rundete mit dem Besuch des Mehrgenerationshauses am Moskauer Platz ab. Im Gespräch informierten sich Karola Stange und Dr. Demut über die Arbeit der Kolleginnen. Seit 2012 bereichert das Mehrgenerationshaus nicht nur das Leben im Quartier. Das „lila Haus“, wie es im Quartier genannt wird, ist dafür bekannt, dass sich hier für alle etwas findet. Sportangebote, Spiel- oder Krabbelgruppen, Seniorenspielrunden, Mediensprech-



stunden, verschiedene Beratungsangebote, große und kleine Feste oder einfach nur ein offenes Ohr. Träger des Mehrgenerationshauses ist der MitMenschen e.V. In Zusammenarbeit mit dem Projekt Agathe und der Caritas gibt es ein umfangreiches und abgestimmtes Beratungsangebot für alle Menschen, die einer solchen Beratung bzw. Unterstützung bedürfen. Wie so oft ging es auch in diesem Gespräch um

Fragen der Finanzierung der Arbeit und um Anträge, die für die Arbeit bei der Stadt und beim Land gestellt werden müssen. Karola Stange versprach sich zu kümmern, warum es zum Teil so lange dauert, bis manche Anträge entschieden werden. Ein ereignisreicher Tag ging zu Ende und alle waren sich einig, dass solche gemeinsamen Besuche gern noch öfter stattfinden können. *WKB Stange, Wolfgang Albold*

Mafiöse Strukturen aufklären

Katharina König-Preuss und Ralf Plötner touren mit Infoveranstaltung

Im Rahmen des Thüringer Mafia-Untersuchungsausschusses, dem ersten seiner Art in Deutschland, dem auch Katharina König-Preuss und Ralf Plötner angehören, werden diese Strukturen genauer beleuchtet. Der Ausgangspunkt für die Einberufung des Untersuchungsausschusses war das eingestellte FIDO-Verfahren, das in den 90er und 2000er Jahren vielversprechende Fortschritte bei der Aufdeckung von Verbindungen zur `Ndrangheta, einer kalabrischen Mafia-Organisation, gemacht hatte. Wer hatte möglicherweise Einfluss auf die Einstellung des Verfahrens? Welche Verflechtungen bestehen zur Verwaltung, Justiz und Politik? Die Untersuchungen haben zudem aufgezeigt, dass ähnliche mafiöse Strukturen vermutlich auch in anderen Bundesländern existieren.

Strukturen aufdecken

Aus diesem Grund besteht dringender Bedarf für einen bundesweiten Untersuchungsausschuss im Bundestag, am besten sogar europaweit, da Mafia-Verflechtungen nicht vor Landesgrenzen Halt machen. Das Ziel der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ist es, die Bevölkerung Thüringens über die Ma-

fia-Strukturen sowie Geldwäsche aus Drogen-, Waffen- und Menschenhandel aufzuklären.

Tour durch Thüringen

Aus diesem Grund sind die beiden Abgeordneten König-Preuss und Plötner noch bis in den Herbst hinein in Thüringen unterwegs, um über die Inhalte des Untersuchungsausschusses aufzuklären. In Erfurt waren sie zuletzt unterwegs um Passant:innen zum Thema zu informieren. Anschließend folgte ein mitreißender Info-Abend im Wahlkreisbüro von Abgeordnete Katja Maurer. „Wenn man sich mit der Mafia beschäftigt, merkt man schnell, dass man die Klischees aus Film und Fernsehen über Bord werfen muss“, erklärte König-Preuss. „Wenn man mit Leuten, die aus betroffenen Restaurants kommen, spricht, sieht man, dass das Wissen über Mafia-Strukturen zwar bei der Bevölkerung teilweise vorhanden ist, aber oft nicht angewendet wird.“ Sie fügte hinzu: „Wer sich für linke Themen, wie Feminismus, Emanzipation oder Umweltschutz einsetzt, darf in diesen Restaurants nicht essen gehen, denn damit legitimiert man die kriminellen und anti-linken Positionen der

Mafia und erlaubt, dass sie in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert werden.“ Trotzdem würden sie auch durch die Veranstaltungsreihe merken, dass es durchaus kritische Stimmen in der Bevölkerung gibt, die das Thema ernst nehmen würden. „Die Resonanz seitens Interessierter zeigt uns, wie wichtig es ist, über mafiöse Strukturen in Thüringen aufzuklären. Insbesondere in Erfurt sehen wir die Notwendigkeit, umfassend über die Thematik zu informieren und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren.“

Europaweites Netzwerk

Im Mai dieses Jahres hatten umfangreiche Durchsuchungen unter anderem wegen des Verdachtes der Geldwäsche in mehreren Erfurter Restaurants stattgefunden. Dabei wurde ein bekannter Gastronom, der mehrere Lokale in Erfurt führt, festgenommen. Er und weitere Beschuldigte sind zudem Gegenstand im Untersuchungsausschuss „Mafia“ des Thüringer Landtages. Dieser wurde 2021 eingesetzt, um die Einstellungsgründe des sogenannten FIDO-Verfahrens zu untersuchen. Hierbei war es Ermittler:innen gelungen, an den Kern in Erfurt ansässiger mutmaßlicher mafiöser Strukturen heranzukommen. Dennoch wurde das im Jahr 2002 begonnene Verfahren ohne nachvollziehbare Gründe 2006 eingestellt.

Ralf Plötner gab zu bedenken: „Der Mafia-Untersuchungsausschuss darf nicht auf diese Legislatur beschränkt bleiben und eigentlich weder auf Thüringen noch auf Deutschland. Die Mafia agiert europaweit und auch die Aufklärung ihrer Verbrechen müsste über Ländergrenzen hinaus erfolgen.“



Weitere Termine der Thüringen-Tour finden Sie auf www.die-linke-thl.de/mafia-ua



Fraktion DIE LINKE auf Sommertour

Wie jedes Jahr nutzen die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Sitzungsfreie Zeit im Thüringer Landtag dafür, durch ihre Wahlkreise in Thüringen zu Touren. Auf den jeweiligen Websites erfahren Sie die aktuellen Termine und Orte: Sommertour mit **Bodo Ramelow** und Knut Korschewsky durch den Saale-Orla-Kreis in Knau: Das Rittergut Knau ist eines der ältesten seiner Art in Thüringen. Der ansässige Förderverein stellte Bodo Ramelow die historischen Zusammenhänge vor, und erläuterte die Bemühungen zum Erhalt der Bausubstanz. Durch kleinere Veranstaltungen versucht der Verein die Räume zu nutzen und Instandhaltungsmaßnahmen umzusetzen. Das in kommunaler Hand befindliche Objekt braucht dringend Fördermittel zur Bausicherung. Der Landrat und der Neustädter Bürgermeister zeigten sich aufgeschlossen, und wollen prüfen, wo Mittel akquiriert werden können. Durch seine zentrale Lage sowie die ansässige, breit aufgestellte Agrargenossenschaft bietet Knau innerhalb des Landkreises einen guten Anlaufpunkt für touristische und gastronomische Destinationen. Die traditionelle Sommertour des Thüringer Ministerpräsidenten kehrt nach den pandemiegeprägten Jahren zu ihren Wurzeln zurück. Bodo Ramelow wird im Zeitraum vom 26. Juni bis 14. Juli unter dem Motto #vereinTH an 12 Tagen in ganz Thüringen unterwegs sein und über 35 Stationen besuchen. Mehr Infos gibt es dazu unter www.thueringen.de/vereinTH +++ Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, **Steffen Dittes**, wird zum Abschluss der parlamentarischen Sommerpause auf Sommertour durch Thüringen gehen. „Der Austausch mit Menschen vor Ort, Vereinen, Institutionen und Unternehmen gehört zu den notwendigen Voraussetzungen, um politische Entscheidungen vorzubereiten und treffen zu können“, so Dittes. Am 24. August ist er in Hildburghausen. Am 7. September dann in Gera. Dort besucht er Betriebe aus dem Bereich Energie und Landwirtschaft sowie Bildungseinrichtungen. Weitere Termine folgen und sind auf der Website von Steffen Dittes zu finden +++ Abgeordnete **Cordula Eger** ist in ihrem Wahlkreis, dem Unstrut-Hainich-Kreis vom 10. - 28. Juli unterwegs und besuche Vereine, Verbände und Einrichtungen. Am 19. Juli um 09.00 Uhr lädt sie zur Bürgergesprächsstunde mit Torsten Weil auf dem Markt in Bad Langensalza. Voraussichtlich am 20. und 27. Juli wird sie bei der TAFEL-Ausgabe-stelle Schlotheim helfen. Weitere Termine finden Sie auf der Website.



TERMINUS über Grenzen

Ausstellung im Thüringer Landtag



21.06. - 06.08.23

In der aktuellen Ausstellung des Thüringer Landtages zeigt die Künstlergruppe ARTISAN Arbeiten zum Thema „Grenzen“ aus unterschiedlichen Kunstgattungen. Unter dem Titel „Terminus“, der altrömische Gott der Grenzsteine, läuft die Ausstellung noch bis zum 6. August 2023. Zur Beschreibung der Ausstellung: Grenzen waren immer ein vielschichtiges Instrument zur Sicherung von Macht und Eigentum und sind es bis heute in fast jeder Gesellschaft. Das Bedürfnis nach territorialen Grenzen und zugleich der fortwährende Wunsch nach deren Aufbruch scheint ein dem Menschen eingeschriebenes Urbedürfnis und wesentlicher Motor geschichtlicher Entwicklung zu sein. Mit dem Russland-Ukraine-Krieg, dem Brexit und der Flüchtlingskrise hat die Thematik auch im europäischen Raum an Aktualität gewonnen. Unter diesem Leitmotiv widmet sich die Ausstellung der Grenze in all ihren Facetten, hinterfragt innere wie äußere Bezugspunkte und verbindet Kunstwerke der unterschiedlichsten Gattungen. Die 2016 in Weimar gegründete Künstlergruppe ARTISAN geht zurück auf eine Initiative der vier Künstler:innen Theresa Berger, Sebastian Hertrich, Michael Merkel und Sebastian Wanke, die eine gemeinsame Studienzeit an der Bauhaus-Universität verbindet.



Mitwirkende Künstler:innen der Ausstellung „TERMINUS“: Theresa Berger, Daria Filippova, Julia Foh, Saori Kaneko und Richard Welz, Alica Khaet, Michael Merkel, Ioannis Oriwol, Jenya Polosina, Leon Purtscher, Max Roßner, Heinz Schmöller, Oleh Shcherba, Siebler und Siebler, Philipp Specht, Sebastian Wanke, Florian Wehking, Rosmarie Weinlich. Gefördert wird die Ausstellung von der Kulturdirektion Erfurt und der SV Sparkassenversicherung.

